



## Trojanertritt ins Rathaus

Dresdens Wahlsieger trat als Parteiloser auf, jetzt jubelt die FDP. Seite 6

Grafik: 123rf/Satori

## Missratene Sanktionspolitik

In Simbabwe führte der externe Druck zur Solidarisierung mit Mugabes Regime. Seite 10

## Das Lächeln des Clowns

Wenn alles Kunst zu werden schien, sorgte er dafür, dass etwas Reelles verblieb: Ringo Starr wird 75. Seite 16



Foto: imago/UPI

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 7. Juli 2015

70. Jahrgang/Nr. 155

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Nein zum Grexit

Kurt Stenger über Interessen von Schuldnern und Gläubigern

Die Griechen wollen sich nicht länger zu Befehlsempfängern degradieren lassen – das ist die Hauptbotschaft des Referendums über die Austeritätspolitik. Bisher glichen die Verhandlungen der Institutionen mit Athen einer Fahrt auf einem Seelenverkäufer, bei der es sich die einen im Offizierskasino gut gehen ließen, während die anderen im Maschinenraum eingepfercht waren, wo immer mehr Wasser eindrang.

Nach dem griechischen Nein sollten sich die anderen Eurostaaten nicht in die Schmollecke zurückziehen, sondern endlich die ökonomische Binsenwahrheit ernst nehmen, dass Gläubiger und Schuldner in einem Boot sitzen. Auch wenn die politischen Gegensätze unüberbrückbar erscheinen – man hat gemeinsame Interessen: Es gilt, den Grexit zu verhindern, auch wenn einige jetzt erst recht mit diesem Gedanken zündeln. Ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro wäre für beide Seiten die teuerste Variante. Die Gläubiger müssten den allergrößten Teil der Kredite abschreiben, der Schuldner käme aus der sozialen und wirtschaftlichen Misere nicht mehr heraus.

Statt Athen wie einen Bankrotteur zu behandeln, aus dem man den letzten Cent herausquetscht, muss man Griechenland in die Lage versetzen, einen Großteil der Schulden stemmen zu können. Dafür braucht es eine wirtschaftliche Erholung mit Hilfe massiver staatlicher Investitionen. Und der Schuldendienst muss dauerhaft reduziert oder zumindest an die Konjunktur angepasst werden. Dann, und nur dann, wird das gemeinsame Boot nicht untergehen.



Noch Minister: Yanis Varoufakis am Sonntagabend nach dem Referendum

Foto: AFP/Aris Messinis

## Varoufakis geht, Vorschlag kommt

Nach Nein-Sieg beim Referendum: Tsipras kündigt nächste Athener Initiative für EU-Sondergipfel an

Berlin. Nach dem deutlichen Nein der Griechen zur gescheiterten Krisenpolitik folgte am Morgen nach dem Referendum gleich der nächste Paukenschlag aus Athen: der Rücktritt von Finanzminister Yanis Varoufakis.

Es sei wichtig, schrieb er in einer am Montag veröffentlichten Erklärung, »dass unsere Regierung das großartige Vertrauen, welches das Nein bedeutet, unverzüglich in ein Ja zu einer angemessenen Lösung ummünzt«. Da ihm aber bereits unmittelbar nach der Volksabstimmung aus dem Kreis der Gläubiger bedeutet worden war, dass man nicht mehr mit ihm verhandeln wolle und zudem die »gewisse Präferenz einiger Eurogruppen-Teilnehmer und verschiedener Partner für meine Abwesenheit von den Meetings« auch von Ministerpräsident Alexis Tsipras »als möglicherweise hilfreich auf dem Weg zu einer Einigung« bewertet wurde, verlasse er das Finanzministerium.

Auf dem von Varoufakis angesprochenen Weg zu einer möglichen Einigung lag am Montag viel Krisendiplomatie. Ministerpräsident Alexis Tsipras kündigte in einem Telefonat mit Kanzlerin Angela Merkel an, den europäischen Ländern beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am Dienstag neue Vorschläge zu unterbreiten. Das Spitzentreffen soll am Dienstagabend in Brüssel stattfinden, zuvor sollen bereits die Finanzminister tagen. Tsipras hatte am Montag auch mit dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, sowie mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefonisch die Konsequenzen aus dem griechischen Referendum gesprochen.

Am Sonntag hatten laut offiziellem Endergebnis 61,31 Prozent der Griechen mit Nein zur Krisenpolitik in Europa und zum Kurs der Gläubiger gestimmt. 38,69 Prozent votierten für die umstrittenen Bedingungen zur Verlängerung eines inzwischen allerdings aus-

gelaufenen Kreditprogramms. Eine deutliche Mehrheit der Griechen unterstützt damit klar das Vorgehen der SYRIZA-geführten Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras. Die Regierung in Athen hatte für ein Nein geworben und argumentiert, damit würde sie gestärkt in neue Verhandlungen mit den Gläubigern gehen. »Das Ergebnis des Referendums ist ein Schlag für eine Reihe von EU-Spitzenpolitikern, die bis zuletzt für eine Annahme der Gläubigervorschläge geworben und das Referendum zu einer Abstimmung über einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone erklärt hatten«, formulierte es die Nachrichtenagentur AFP.

EU-Vertreter und deutsche Politiker äußerten sich skeptisch. Der für den Euro zuständige Vizepräsident der Kommission, Valdis Dombrovskis, sagte, das Nein beim Referendum habe »unglücklicherweise die Kluft zwischen Griechenland und anderen Ländern« vergrößert. SPD-Chef Sigmar Gabriel verlangte von der Regierung in Athen »schnell ein substanzielles Angebot«, das »über ihre bisherige Bereitschaft hinausgeht«. Aus der Bundesregierung hieß es zudem, eine von Griechenland geforderte Schuldenerleichterung sei für Berlin weiterhin »kein Thema«. Zwar sei es zutreffend, dass »wir uns mit der Schuldentragfähigkeit beschäftigen müssen«, sollte Griechenland einen Antrag auf Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM stellen. Daraus sei aber nicht abzuleiten, »dass die Verhandlungen in eine bestimmte Richtung gehen müssten«.

Diese werden wohl vom bisherigen Vize-Außenminister Euklidis Tsakalotos geführt, der Varoufakis als Finanzminister folgt und am Montagabend in Athen vereidigt werden sollte. Der Ökonomie-Professor war bisher bereits Mitglied in der griechischen Verhandlungsdelegation. vk/mit Agenturen  
Seiten 2, 3 und 7

### UNTEN LINKS

Wo liegt eigentlich der Ball? Die Frage muss erlaubt sein, schließlich geht das Spiel Griechenland gegen die Gläubiger weiter. Mal rolle der Ball dorthin, mal wurde er da gesehen. So richtig konnte aber eigentlich niemand sagen, wo der Ball gerade ist. Zum Glück gibt es Sigmar Gabriel, der weiß es natürlich – weil er, der Minister für »letzte Brücken einreißen« und »deutsche Arbeitnehmerfamilien«, das nämlich so will. Also: Der Ball liegt in Athen. Hat der Gabriel jetzt gesagt. Im Fußballfachblatt »Tagesspiegel«. Allerdings fragen wir uns inzwischen, ob das so gut ist, dass der Ball in Athen liegt. Jedenfalls aus Sicht des SPD-Vorsitzenden. Wenn der Ball nämlich dort ist, dann können doch die Griechen damit spielen, einen neuen Angriff aufbauen, ihn über den Zaun auf die Straße schießen, die Luft rauslassen oder ihn an die Russen verkaufen. Wer weiß, man soll denen ja alles zutrauen. Vielleicht wäre es gut, wenn der Ball stattdessen in Berlin liegen würde. Hallo, Herr Tsipras, können Sie mal bitte rüberschießen? tos

## Professoren planen Bruch mit Pöblern

Nach schwerer Niederlage auf dem AfD-Bundesparteitag berät das Lucke-Lager seinen Abgang

**AfD vor der Spaltung: Das wirtschaftsliberale Lager um Parteigründer Bernd Lucke spekuliert, die Partei zu verlassen. Doch wo sind die Abtrünnigen willkommen? Bei der FDP nicht.**

Von Marcus Meier

Zerrissen war die »Alternative für Deutschland« (AfD) bereits vor ihrem Essener Parteitag am Wochenende. Nur zweieinhalb Jahre nach ihrer Gründung steht die Rechtspartei aber nun vor der Spaltung. Das Bündnis aus Nationalkonservativen und Ultra-rechten einerseits und oft habilitierten Wirtschaftsliberalen andererseits, der Pakt von Pöblern und Professoren zeigt sich als wenig nachhaltig.

Am Montag, Tag zwei nach der vernichtenden Niederlage des Lagers um Parteigründer Bernd Lucke auf dem Essener Parteitag und dem ebendort errungenen totalen Sieg seiner Konkurrentin Frauke Petry, der neuen starken Frau der nun noch weiter nach rechts gerückten Rechtspartei, wurde ein Stück deutlicher, wohin die Reise der Besiegten geht.

Zahlreiche Mitglieder hätten in den Landesverbänden die Absicht geäußert, die Partei zu verlassen,

berichtete die Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf Aussagen von Parteifunktionären aus vier großen Bundesländern.

Das Umfeld von Parteigründer und Ex-Parteichef Bernd Lucke will nun mit einer Umfrage unter ihm wohl gesonnenen Parteimitgliedern herausfinden, was zu tun ist: Ein kollektiver Austritt, ein »Winterschlaf innerhalb der Partei« oder gleich die Gründung einer neuen Partei, so fasste die Lucke-Vertraute Ulrike Trebesius die Möglichkeiten zusammen. Die Europa-Abgeordnete selbst wollte nicht warten und kündigte ihren Austritt an. Mit dem Verein »Weckruf 2015« (Vorsitzende: Trebesius) verfügen Lucke und Co. über die organisatorische Grundlage für den Aufbau einer parteiförmigen Alternative zur »Alternative«. In der FDP werden die an den Rand gedrängten Wirtschaftsliberalen aber keinen Unterschlupf finden, das stellte FDP-Bundsvorsitzender Christian Lindner klar. »Auch das Lucke-Lager passt nicht zu uns.«

Drei Fünftel für Petry, zwei Fünftel für Lucke, so stellen sich in Essen die Mehrheitsverhältnisse dar, wobei spekuliert werden darf, ob dies auch an der besseren Mobilisierungsfähigkeit der

Parteirechten lag. Eine Forsa-Umfrage kurz vor dem Parteitag hatte noch ergeben, dass 56 Prozent der AfD-Mitglieder Luckes Kurs, aber nur 23 Prozent den von Petry goutieren. Eine Austrittswelle würde also potenziell mindestens eine starke Minderheit der Parteimitglieder erfassen.

»Wer sich mit den Rechten ins Bett legt, darf sich nicht wundern, wenn er mit ihnen aufwacht.«

Lucke-Vertraute Trebesius

Die neue Parteispitze ist, sieht man von dem eher gemäßigten, aber bisher unbekanntem zweiten Parteiprecher Jörg Meuthen ab, in der Hand von Parteirechten. Die Lucke-Liberalen gingen bei der Postenvergabe leer aus. Parteichefin Petry glaubt, Lucke aus der Partei drängen, dessen Anhänger jedoch dort halten zu können. Sie sieht die AfD »am Ende eines Streits« und eine »Befreiung« gekommen.

Als erster Promi aus dem Lucke-Umfeld verkündete Hans-Olaf

Henkel noch am Sonntagabend seinen unmittelbaren Austritt aus der AfD. Am Montag folgte ihm der baden-württembergische Landeschef Bernd Kölmel, der aber Europaabgeordneter bleiben will. Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ex-Vizevorsitzender der AfD und Noch-Europa-Abgeordnete warnte vor einer »NPD im Schafspelz«, zu der die Petry-AfD aus seiner Sicht zu werden droht. Die Partei habe sich auf ihrem Parteitag »nicht nur für einen scharfen Rechtskurs, sondern auch für Pöbeleien, Protest und das Verbreiten von Vorurteilen entschieden«, beschied Henkel seinen Ex-Parteifreunden. Der 75-Jährige bezog sich dabei auf chaotische Debatten auf dem Parteitag, auf Buh-Rufe gegen Lucke, dem mitunter offener Hass entgegen geschlug, auf paranoide, rassistische, homophobe, sexistische und nationalistische Statements, die euphorisch jubelt wurden.

Henkel prognostizierte eine Eindynamik des Rechtsrucks innerhalb der AfD: »Der Einfluss der Rechtsaußen, der Krachmacher und der Intoleranten« werde weiter steigen, weil »Vernünftige, Anständige und Tolerante« sich nun angewidert abwenden.

## Schlichtung gescheitert

Bei der Lufthansa könnten die Piloten ab sofort wieder streiken

Frankfurt am Main. Die Gesamtschlichtung ist gescheitert, eine neue Eskalation zwischen der Lufthansa und ihren Piloten dräut. Das teilte die Vereinigung Cockpit (VC) am Montag in Frankfurt am Main mit. Die Pilotengewerkschaft hob auch ihre Zusage auf, bis Ende dieses Monats nicht mehr streiken zu wollen. »Wir werden uns jetzt in den Gremien beraten und mit den Mitgliedern sprechen«, sagte VC-Vorstandsmitglied Markus Wahl gegenüber »nd«. Die Gewerkschaft werde neue Streiks wie üblich etwa einen Tag vorher ankündigen.

Ein Streitpunkt ist die sogenannte Übergangsvorsorge der Piloten – eine betriebliche Vorsorge, die den vorzeitig aus dem Dienst ausgeschiedenen Piloten bis zum Eintritt in die gesetzliche Rente zusteht. Der Punkt, an dem das Management der größten deutschen Fluglinie sich kategorisch weigere, seien die Arbeitsplatzfragen, kritisiert VC. Es geht um die Billigtöchter wie Euro-wings oder Germanwings, bei denen der Konzerntarifvertrag der Lufthansa nicht gilt, Piloten also für die gleiche Arbeit weniger verdienen. Der Konzern verweist auf seine unternehmerische Freiheit, »aber da sind auch Fragen der Tarifpolitik berührt«, sagt Wahl. Dieses hätte man in einer Schlichtung klären können. Der Konflikt erinnert an den jüngsten Konflikt zwischen ver.di und der Post, die mit der Gründung von Paket-Töchtern eine ähnliche Strategie der Tarifflucht fährt. jme  
Seite 5

ISSN 0323-3375

